

# E-Mail-Newsletter

## 9. Oktober 2008

Liebe Mitglieder und Interessierte,

im heutigen E-Mail-Newsletter finden Sie genauere Infos zu unserer Jubiläumsveranstaltung am 8. November und wie immer viele Meldungen, Tipps und Termine:

### **1. 20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Jubiläumsfest am 8. November und Aktion "Flüchtlingsrat pflanzt Bäume..."**

Das *Programm* für unser Jubiläum steht nun fest. Vorträge, Musik, Rückblicke, Ausblicke und anderes mehr!

*Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg!* Der erste Baum ist bereits gepflanzt und steht nun vor der Eberhardskirche in Tübingen. Wir würden uns freuen, wenn bei der Aktion weitere Initiativen mitmachen!

### **2. Flüchtlinge und Spätaussiedler: Aktuelle Themen und Angebote**

Das Programm für unsere erste Tagung im kommenden Jahr (22.-24.01.2009, Ev. Akademie Bad Boll) steht. Anmeldung ist ab sofort möglich.

### **3. Schulpflicht endlich auch für Flüchtlingskinder**

Baden-Württemberg wird 2009 als eines der letzten Bundesländer die Schulpflicht für Flüchtlingskinder einführen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat den Gesetzentwurf in einer Pressemitteilung begrüßt.

### **4. Save me - eine Stadt sagt ja**

In einer weiteren Pressemitteilung hat der Flüchtlingsrat auf den Start der Save-me-Kampagne in verschiedenen baden-württembergischen Städten hingewiesen

### **5. Flüchtlinge in der Abschiebehaft Rottenburg**

Das "Bündnis gegen Abschiebehaft" berichtet in seinem Newsletter über aktuelle Fälle im Abschiebetrakt der JVA.

### **6. Widerrufverfahren: Flüchtlinge aus der Türkei unter Druck beim BAMF**

Pro Asyl weist in einer Pressemitteilung darauf hin, dass Versuche, den Asylstatus zu widerrufen, zumeist scheitern.

### **7. Tag des Flüchtlings und Tag der Einheit 2008: Stoppt das Sterben...!**

In einer weiteren Pressemitteilung zum Tag des Flüchtlings weist Pro Asyl auf die Tag für Tag stattfindenden Tragödien an den europäischen Außengrenzen hin.

### **8. EU-Afrika-Gipfel zu Migration und Entwicklung: Aufruf zur Mobilisierung für einen regierungsunabhängigen Migrationsgipfel**

Am 15. und 16.10. trifft sich der EU-Ministerrat, um den europ. Pakt über Einwanderung und Asyl zu verabschieden. Im November treffen sich die EU-Innenminister zur euroafrikanischen Konferenz für Migration und Entwicklung. Bereits am 17. und 18.10. wird in Paris ein "Gegengipfel" stattfinden, der auch vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unterstützt wird.

### **9. Das Sterben auf dem Mittelmeer: 191 urkundlich belegte Todesfälle**

"Die Massaker von Migrant\*innen und Flüchtlingen an den Grenzen Europas gehen unerschütterlich weiter,

begleitet vom Zynismus und der Gleichgültigkeit Europas und der Mittelmeerstaaten. Der Septemberbericht spricht von 191 urkundlich belegten Todesfällen."

### 10. Neue Zuständigkeitsregelung für die Visaerteilung für irakische Staatsangehörige zum Familiennachzug

Das Auswärtige Amt hat mit Weisung vom 19. September die Zuständigkeiten neu geordnet.

### 11. Urteile

- VGH Mannheim, 24.09.2008: Auslandskosovaren sind nicht automatisch kosovarische Staatsangehörige; albanischen Volkszugehörigen aus dem Kosovo ist eine Entlassung aus der serbischen Staatsangehörigkeit nicht zumutbar.

- Bundesverwaltungsgericht Leipzig: Kein Kindernachzug bei Anspruch auf ALG II

### 12. "Notfallpraxis für Menschen ohne Krankenversicherung" in Stuttgart eröffnet

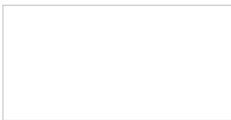
Dort werden erkrankte Menschen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus behandelt.

### 13. Termine

Mit herzlichem Gruß

Reiner Klass

### 1. 20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Jubiläumsfest am 8. November und Aktion "Flüchtlingsrat pflanzt Bäume..."



**Jubiläum am 8. November ab 9.30 Uhr im Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Stuttgart, Schubartstraße 14**

Seit 20 Jahren gibt es jetzt den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (früher Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg)

**20 Jahre Flüchtlingsrat** sind Grund zur Freude - aber auch Anlass, Rückschau zu halten und den Menschen zu danken, die seit vielen Jahren für den Flüchtlingsschutz und die Einhaltung der Menschenrechte in unserem Land eintreten.

**20 Jahre Flüchtlingsrat** - Wir laden sie ein, mit uns zu feiern und im Gespräch und Austausch weiter an dem gemeinsamen Ziel zu arbeiten.

Auch wenn uns in den vergangenen 20 Jahren nur selten zum Feiern zumute war:

- Wir feiern mit Flüchtlingen, ehrenamtlich Engagierten, Hauptamtlichen, Freundinnen & Freunden...
- Wir feiern mit Welt-Musik, spannenden Vorträgen, Nachdenken, Diskussion, Austausch...
- Wir feiern mit kulinarischen Köstlichkeiten, mit Freude, Erinnern, Dank...
- Wir feiern gemeinsam!

Weiterhin würden wir uns freuen, wenn auch Sie, die Mitglieder und FreundInnen, durch die dieses Jubiläum ja überhaupt erst möglich geworden ist, sowohl die xclusiv-Zeitung, die anlässlich des Jubiläums erscheinen soll als auch die Veranstaltungselbst mit Beiträgen bereichern. Fallen Ihnen z. B. Anekdoten ein, die Sie vortragen wollen? Kleine Geschichten, die Sie im Laufe der Jahre mit Flüchtlingen erlebt haben? Erfolgsmeldungen, die die so oft unbefriedigende Arbeit erträglicher gemacht haben? Wer hat noch Fotos? Oder kennen Sie Flüchtlinge, die etwas beitragen wollen? Denn gerne würden wir das Fest gemeinsam mit Flüchtlingen feiern, die in den letzten 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind. Gerne können Sie uns, wenn Sie etwas zur Veranstaltung beitragen wollen, kontaktieren.

[Das Programm als pdf.](#) Unseren Mitgliedern und AbonnentInnen geht die Einladung in den nächsten Tagen per Post zu.

### Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg!

Auch diese Aktion ist Bestandteil des Jubiläumsprogrammes. Der erste Baum ist bereits gepflanzt und steht

nun vor der Eberhardskirche in Tübingen. Weitere werden folgen. Wir würden uns freuen, wenn bei der Aktion weitere Initiativen mitmachen! Genauer zur geplanten Aktion können Sie in der angehängten [PDF-Datei](#), die Sie sehr gerne an Interessierte weitergeben dürfen, nachlesen. Wenn Sie eine Aktion bei sich vor Ort planen, bitten wir um Ihre Rückmeldung an die Geschäftsstelle, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 553283-4, Fax -5, E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

## 2. Flüchtlinge und Spätaussiedler: Aktuelle Themen und Angebote

Tagung: 22.-24.01.2009, Ev. Akademie Bad Boll

Mit der Diskussion über die Aufnahme von Christen und anderen nichtmuslimischen Minderheiten, die vorübergehenden Schutz in den Nachbarstaaten gefunden haben, gerät die religiös motivierte Verfolgung wieder in das (asyl-)politische Blickfeld.

Zudem bekommt der Schutz vor Verfolgung aus religiösen Gründen mit der Vereinheitlichung europäischer Asylanerkennungsstandards (Stichwort "Richtlinienumsetzungsgesetz") aktuelle Bedeutung. Was verbirgt sich hinter dem Begriff des "religiösen Existenzminimums"? Gilt Konversion als "Nachfluchtgrund" und begründet damit einen Flüchtlingsstatus? Was sagen islamische Theologie und Scharia zum Umgang mit Konvertiten? Wie geht die evangelische Kirche mit Taufbegehren von Muslimen um?

Mit dem Instrument "Kompetenzbilanz für MigrantInnen" stellen wir ein Instrumentarium der ressourcenorientierten Arbeit mit MigrantInnen vor und wollen damit der Frage nachgehen, wie vielfältige, bisher ungenutzte Fähigkeiten von MigrantInnen im Integrationsprozess (besser) eingesetzt werden können. Das Thema "Wegmüssen und Ankommen" steht schon immer im Zentrum der Flüchtlingsarbeit und bekommt mit Bleiberechts- bzw. Altfallregelung neue Brisanz. Wirtschaft und Politik erkennen mehr und mehr die Bedeutung gut qualifizierter Flüchtlinge. Doch was passiert nach 2009 mit den weiterhin lediglich geduldeten AusländerInnen?

Nicht nur in der hauptamtlichen Arbeit bei Kirchen und Verbänden sondern auch in ehrenamtlichen Initiativen gewinnt die öffentlichkeitswirksame Präsentation der Flüchtlingsarbeit zunehmende Bedeutung. Ebenso sind Sucht und Suchtprävention aktuelle Themen in der Arbeit mit SpätaussiedlerInnen. Wir gehen der Frage nach, wie muttersprachliche Angebote der Suchtrehabilitation beispielsweise in Baden-Württemberg aussehen. Zur Diskussion dieser Fragen laden wir Sie herzlich nach Bad Boll ein.

Dr. Manfred Budzinski, Ulrike Duchrow, Ottmar Schickle

Das [Programm](#) steht auf der Website der Ev. Diakonie Bad Boll zum Download bereit. Ihre Anmeldung wird ab sofort entgegengenommen.

## 3. Schulpflicht endlich auch für Flüchtlingskinder

*Pressemitteilung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg vom 1.10.2008*

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, endlich auch in Baden-Württemberg die Schulpflicht für Flüchtlingskinder einzuführen. Mit der heutigen Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Schulgesetzes kommt das Land Baden-Württemberg nun als eines der letzten Bundesländer Verpflichtungen nach, die in der Europäischen Richtlinie zur Aufnahme von Asylbewerbern festgelegt sind. Nachdem die Umsetzungsfrist in nationales Recht für diese Richtlinie bereits seit dem 6. Februar 2005 abgelaufen ist, war es nun nach mehr als 3 Jahren höchste Zeit.

"Mit dem geänderten Schulgesetz werden endlich auch die Rechte für Flüchtlingskinder gestärkt", so die Vorsitzende Angelika von Loeper. Die längst überfällige Einführung der Schulpflicht stärkt die Position der Kinder auch im Hinblick auf finanzielle Unterstützung für Schulmaterialien oder Fahrtkosten zur Schule. Auch können Flüchtlingskinder nicht mehr mit dem Hinweis auf überfüllte Klassen abgewiesen werden. So kehrt für die unter der Situation der Flucht leidenden Kinder ein Stück Normalität in den Alltag ein und wird ein wichtiger Grundstein für die weitere Lebensplanung gelegt.

Damit sich die Kinder auch positiv in den Schulalltag einbringen können ist es jetzt wichtig, die Lebensbedingungen für Asylsuchende neu zu überdenken. Mit 4,5 qm pro Person in Gemeinschaftsunterkünften oft über Monate und Jahre hinweg ist der Lebensraum eindeutig nicht für eine

positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ausgelegt.

Gez. Angelika von Loeper

1. Vorsitzende

#### 4. Save me - eine Stadt sagt ja

##### **Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg begrüßt den Auftakt der Save-me-Kampagne im Land**

*Pressemitteilung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg vom 30.09.2008*

Unbeeindruckt von der Not der 4 Millionen irakischen Flüchtlinge, beschließt die Konferenz der europäischen Justiz- und Innenminister am 25./26.9., das Thema Aufnahme von Flüchtlingen zu vertagen. In den völlig überfüllten Flüchtlingslagern der Nachbarstaaten des Irak leben die Flüchtlinge unter schlimmsten Bedingungen, so dass sogar der UNHCR nicht wirksam helfen kann. Vor den Küsten der Europäischen Union sterben täglich Menschen, die verzweifelt versucht haben, in Europa Schutz vor Verfolgung zu finden. Aber die Politiker schieben das Problem zur weiteren Prüfung auf die lange Bank.

Man fühlt sich an die Konferenz von Evian 1938 erinnert, bei der die vertretenen Staaten nicht bereit waren, ihre Aufnahmebedingungen zu lockern und eine humanitäre Lösung für die Verfolgten des NS-Regimes zu finden. Als Reaktion auf das millionenfache Flüchtlingsleid, das die nationalsozialistische Diktatur und der Krieg über ganz Europa gebracht hatten, kam es in den Nachkriegsjahren zu Bemühungen, die Flüchtlingsrechte auf internationaler Ebene zu schützen, u. a. durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die in diesem Jahr 60 Jahre alt wird. Europa wird dieser humanitären Verpflichtung nicht mehr gerecht. Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg sind in Vergessenheit geraten.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg protestiert zusammen mit anderen Flüchtlingsorganisationen gegen diesen eklatanten Verrat an den Zufluchtsuchenden und den Konventionen und Gesetzen zum Flüchtlingsschutz. Damit der Protest nicht nur verbal bleibt, hat der Flüchtlingsrat sich einer Kampagne angeschlossen, die in München begonnen hat und von Pro Asyl koordiniert wird: der *Save-me-Kampagne*. Sie will dafür sorgen, dass Menschen aus den Flüchtlingslagern nach Deutschland geholt und in Deutschland unbürokratisch und dauerhaft aufgenommen werden. Bereits drei Städte in Baden-Württemberg haben nach dem Münchner Vorbild die Kampagnen anlässlich des Tages des Flüchtlings am 3. Oktober eröffnet: Heidelberg, Reutlingen und Tübingen. Ab sofort kann sich jeder auf der Website [www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de) über die Kampagne informieren, und die Einwohner der genannten Städte können Paten für einen Flüchtling werden. Mit dieser Patenschaft bekunden sie ihre Unterstützung für die Kampagne und ihre Bereitschaft für die Aufnahme von Flüchtlingen in ihrer Stadt. Wenn schließlich Flüchtlinge kommen dürfen, helfen sie diesen bei ersten Schritten in die neue Gesellschaft.

Die Idee ist nicht neu, so wurden z. B. 26.000 vietnamesische Boatpeople in den 1970er Jahren bei uns aufgenommen. Die Kampagne entspricht dem *Resettlement*-Programm des UNHCR, das von vielen Ländern, wie z. B. USA, Kanada, Schweden und den Niederlanden unterstützt wird. Sie stellen jedes Jahr zehntausende Plätze für Flüchtlinge bereit, die nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren, aber auch nicht im Land der ersten Zuflucht bleiben können.

"Mit dieser Kampagne wollen wir Zeichen setzen", so Angelika von Loeper, erste Vorsitzende des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg. "Hier fordert die Basis der Gesellschaft das ein, was die Politik eigentlich von sich aus leisten müsste."

Der Flüchtlingsrat unterstützt auch weitere Städte in Baden-Württemberg, die sich der Kampagne anschließen wollen:

[www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

[www.save-me-heidelberg.de](http://www.save-me-heidelberg.de)

[www.save-me-Reutlingen.de](http://www.save-me-Reutlingen.de)

[www.save-me-tuebingen.de](http://www.save-me-tuebingen.de)

gez. Ulrike Duchrow

2. Vorsitzende, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

## 5. Flüchtlinge in der Abschiebehafte Rottenburg

Das "Bündnis gegen Abschiebehafte" berichtet in seinem Newsletter über aktuelle Fälle im Abschiebetrakt der JVA:

"Anfang September trafen wir in der Abschiebehafte Rottenburg erstmals Herrn Berisha. Bereits am 28.8.2008 wurde der Roma in Frankreich inhaftiert und zusammen mit seiner Familie nach Deutschland zurückgeschoben. Der mehrfache Vater lebt seit 17 Jahren in Deutschland - nun ist er und seine Familie von Abschiebung bedroht.

Wir bitten um das Versenden entsprechender Protestemails:

[http://gegen-abschiebehafte.org/wiki/doku.php?id=bga:blog:roma\\_von\\_abschiebung\\_in\\_den\\_kosovo\\_bedroht](http://gegen-abschiebehafte.org/wiki/doku.php?id=bga:blog:roma_von_abschiebung_in_den_kosovo_bedroht)

In unserem letzten Newsletter wandten wir uns gegen die Abschiebung von Ali Bal, der in Rottenburg einen Selbstmordversuch unternommen hatte. Mittlerweile ist er trotz seiner psychischen Situation als Pazifist zum Militärdienst eingezogen worden. Das Justizministerium hat die Verantwortung von sich gewiesen, während das Innenministerium bislang noch nicht einmal eine Antwort für notwendig hielt:

[http://gegen-abschiebehafte.org/wiki/doku.php?id=bga:blog:emailedkampagne\\_zur\\_abschiebung\\_nach\\_selbstmord](http://gegen-abschiebehafte.org/wiki/doku.php?id=bga:blog:emailedkampagne_zur_abschiebung_nach_selbstmord)

Ebenfalls Anfang September wurde ein 23-Jähriger aus Süddeutschland abgeschoben - nach 17 Jahren in Deutschland! Das Land in das er geflogen wurde, kannte er nur aus dem Urlaub. Durch die Abschiebung wurde er zudem von seiner Mutter getrennt. Wir werden zu ihm Kontakt halten und in den nächsten Wochen nochmals über seine Situation informieren:

[http://gegen-abschiebehafte.org/wiki/doku.php?id=bga:blog:junger\\_mann\\_seit\\_17\\_jahren\\_in\\_deutschland\\_von\\_abschiebung\\_bedroht](http://gegen-abschiebehafte.org/wiki/doku.php?id=bga:blog:junger_mann_seit_17_jahren_in_deutschland_von_abschiebung_bedroht)

## 6. Flüchtlinge aus der Türkei unter Druck beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

### Versuche, den Asylstatus zu widerrufen, scheitern meistens vor Gericht - PRO ASYL: BMI muss Widerrufsmaschinerie stoppen

*Pro Asyl-Pressemitteilung vom 2.10.2008*

Das Kerngeschäft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist es, über die Gewährung von Asyl- und Flüchtlingsschutz zu entscheiden - allerdings nicht in diesem Jahr. Stattdessen wird in einer Großaktion bis zum Jahresende in über 40.000 Fällen geprüft, ob ein früher einmal gewährter Flüchtlingsstatus zu widerrufen ist. Was das Bundesamt lahm zu legen droht, ist eine Folge des Zuwanderungsgesetzes. Dieses schreibt eine Regelüberprüfung bei allen anerkannten Flüchtlingen nach drei Jahren vor. Nur wenn die Voraussetzungen für ihre Anerkennung weiter existieren, ist eine Verfestigung des Aufenthaltsstatus möglich. Die Zahl der Entscheidungen über Widerrufsverfahren stieg von 8.615 im Jahr 2006 auf 13.784 im Jahr 2007. Im ersten Halbjahr 2008 wurden bereits 19.733 Prüfverfahren durchgeführt.

Im Visier hat das Bundesamt ganz besonders türkische Flüchtlinge, unter ihnen die meisten Kurden. Überproportional oft wird hier behauptet, sie seien nicht mehr gefährdet. Während im Durchschnitt aller entschiedenen Verfahren beim Bundesamt nur in 17 Prozent der Fälle ein Widerruf erfolgt (1. Halbjahr 2008) wurde bei türkischen Staatsangehörigen in 64 Prozent der Asylstatus widerrufen. Die Zahlen aus den Vorjahren sind noch extremer (2007: 84 Prozent Widerrufe, 2006: 97 Prozent Widerrufe in Türkei-fällen).

Die meisten der betroffenen Flüchtlinge gehen dann vor Gericht. Dort haben sie überwiegend Erfolg. Eine Auswertung von neunzig Entscheidungen ergibt: Die Verwaltungsgerichte gehen fast immer davon aus, dass die Flüchtlinge im Fall der Rückkehr weiterhin gefährdet sind, verfolgt zu werden. Trotz eines Reformprozesses in der Türkei kämen Folter und Willkür immer noch häufig vor. Zum Teil stellen die Gerichte sogar fest, dass sich die Menschenrechtslage in der Türkei zuletzt wieder drastisch verschlechtert hat.

Unbeeindruckt trotz permanenter Niederlagen vor Gericht setzt das Bundesamt die Massenwiderrufe fort.

Über den Betroffenen schwebt bis zur Entscheidung der Gerichte ein Damoklesschwert. Dass bei anderen Herkunftsstaaten wesentlich zurückhaltender widerrufen wird, deutet auf eine politisch motivierte Weisung des Bundesinnenministeriums bezüglich der Türkei-Verfahren hin. Es scheint Auftrag des Bundesamtes zu sein, die Verhältnisse in der Türkei so lange wie möglich schön zu reden. Hinzu kommt, dass es sich bei vielen der von Widerruften Betroffenen um politisch aktive Kurden handelt. Doch gerade bei denen sehen die Verwaltungsgerichte eine besondere Verfolgungsgefahr - bis heute.

PRO ASYL fordert den Bundesinnenminister auf, die Widerrufsmaschinerie gegen die Opfer der politischen Verfolgung in der Türkei sofort zu stoppen.

gez. Bernd Mesovic  
Referent

## **7. Tag des Flüchtlings und Tag der Einheit 2008: Stoppt das Sterben an den europäischen Außengrenzen! "Seit dem Mauerfall starben über 10000 Menschen an den neuen Mauern Europas"**

*Pro Asyl-Pressemitteilung vom 1. Oktober 2008*

"Stoppt das Sterben an den europäischen Außengrenzen! Menschenrechte achten - Flüchtlinge schützen" Unter diesem Motto steht der diesjährige Tag des Flüchtlings. Dieser findet im Rahmen der Interkulturellen Woche bundesweit am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, statt. In den über 3.000 Veranstaltungen befassen sich viele Initiativen und kirchliche Gruppen mit einem der traurigsten und drängendsten Probleme der europäischen Flüchtlingspolitik: dem Sterben an den Grenzen Europas.

Monat für Monat spielen sich vor unseren Toren Tragödien ab. Unzählige Menschen kommen bei dem Versuch ums Leben, in der Europäischen Union Schutz, Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen zu finden. Seit dem Mauerfall im Jahr 1989 wurden über 10.000 Tote an den neuen Mauern um Europa gezählt - die Dunkelziffer ist hoch. Allein im Monat August 2008 ertranken mindestens 270 Migranten und Flüchtlinge beim Einreiseversuch.

PRO ASYL erinnert im Zusammenhang mit dem Tag der deutschen Einheit: Die Freude über den Fall der Mauern, die Europa trennten, war damals auch verbunden mit der Hoffnung, dass im neuen Europa keine menschenfeindlichen Grenzanlagen aufgebaut werden. Angesichts des tausendfachen Todes dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass in Europa die Friedhöfe an den Außengrenzen jeden Tag größer werden. Die zahlreichen Veranstaltungen zum Thema "Stoppt das Sterben an den europäischen Außengrenzen" zeigen, dass immer mehr Menschen in Deutschland und Europa nicht mehr bereit sind, den Preis der europäischen Abwehrpolitik zu ertragen.

gez. Karl Kopp  
Europareferent von PRO ASYL

## **8. EU-Afrika-Gipfel zu Migration und Entwicklung: Aufruf zur Mobilisierung für einen regierungsunabhängigen Migrationsgipfel**

Hier der aktualisierte Aufruf für den Gegengipfel zu dem (auf November verschobenen) EU-Afrika-Gipfel zu "Migration und Entwicklung" am 17./18.10.08 in Paris. Den Aufruf in mehreren Sprachen sowie Infos zur Konferenz am 17.10. (Anmeldung erforderlich!) und zur Demo und Konzert am 18.10. finden Sie auf der unten angegebenen Website.

### **Aufruf zur Mobilisierung für einen regierungsunabhängigen Migrationsgipfel**

Frankreich hat das Thema Migration zur einer seiner Prioritäten während der französischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 gemacht.

Am 15. und 16. Oktober trifft sich der Ministerrat der EU in Brüssel, um einen "Europäischen Pakt über Einwanderung und Asyl" zu verabschieden. Außerdem wird, nach einer ersten Konferenz 2006 in Rabat, im November diesen Jahres in Paris die zweite interministerielle euro-afrikanische Konferenz zu Migration und Entwicklung stattfinden.



Frankreich will seinen europäischen Partnern Verträge vorschlagen zum "konzertierten Management der Migrationsströme und zur gemeinsamen Entwicklung", als Modell für Verhandlungen, in denen auf der einen Seite Frankreich Werbung macht für eine "immigration choisie" (ausgewählte oder selektive Einwanderung) und auf der anderen Seite von den Ländern des Südens fordert, ihre Staatsangehörigen und diejenigen aus Drittländern, die ihr Territorium durchquert haben, zurück zu nehmen.

Wir sind besorgt über den wesentlich von sicherheitspolitischen Prinzipien bestimmten Umgang mit Migration, der den Tod Tausender von Menschen in Kauf nimmt, und über die Umsetzung ökonomischer Entscheidungen, die den afrikanischen Kontinent auch in Zukunft jeglicher Entwicklungsmöglichkeiten berauben werden, und haben deshalb entschieden, eine europäische Mobilisierung zu organisieren, um die Stimmen der europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaften zu Gehör zu bringen.

Es ist höchste Zeit, dass die Frage von Migration und Entwicklung wirklich unter dem Blickwinkel gegenseitiger Interessen gedacht wird: denen der Herkunftsländer, der Transitländer, der Aufnahmeländer und vor allem der MigrantInnen selbst.

Europa verwandelt sich in eine geschlossene Festung und benutzt unverhältnismäßige Mittel, um den Zugang zu seinem Territorium zu verhindern und Papierlose abzuschieben. Wir lehnen die Systematisierung der Auffanglager und die kompromisslose Abschiebepaxis ab.

Wir sehen uns in der Kontinuität der ersten regierungsunabhängigen Konferenz zwischen Europa und Afrika zum Thema "Migration, Bewegungsfreiheit und Grundrechte":

Für den 17. und 18. Oktober rufen wir zu einer großen Mobilisierung nach Paris auf, mit der wir für einen anderen Umgang mit dem Thema der Immigration und für andere politische Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Afrika und den übrigen Teilen der Welt eintreten wollen. Wir werden die zweite regierungsunabhängige Konferenz zwischen Europa und Afrika, einen großen Protestzug und ein spektakuläres Konzert organisieren.

#### **Mehr Information:**

<http://www.despontspasdesmurs.org> (französisch)

<http://www.despontspasdesmurs.org/spip.php?rubrique13> (english)

### **9. Das Sterben auf dem Mittelmeer: 191 urkundlich belegte Todesfälle**

AKROTIRI, ZYPERN - Es war 1998, als tausende kurdischer Flüchtlinge an den Küsten Kalabriens landeten, auf der Flucht vor Verfolgungen in Irak, Syrien, Iran und der Türkei. Zwischen 1980 und 1999 hatte die türkische Armee über 2 Millionen Kurden aus 3.428 anschließend zerstörten Ortschaften vertrieben. Und 1988 hatte Saddam Hussein 5.000 Menschen in der kurdischen Stadt Halabja mit chemischen Waffen vernichtet. Doch nicht alle erreichten das Ziel. Am 16. Oktober 1998 brach der Motor eines im Libanon ausgelaufenen, alten Fischerbootes mit 75 Passagieren an Bord zusammen und zwang sie zur Notlandung an der zyprischen Küste. Sie legten an der südlichsten Spitze der Insel an. Akrotiri. Das damals wie auch heute unter der Kontrolle der britischen Autorität stand. Das wurde ihnen zum Verhängnis. **Reportage aus der SBA Zyperns.** [\[lesen sie mehr...\]](#)

Die Massaker von Migranten und Flüchtlingen an den Grenzen Europas gehen unerschütterlich weiter, begleitet vom Zynismus und der Gleichgültigkeit Europas und der Mittelmeerstaaten. Der Septemberbericht spricht von **191** urkundlich belegten Todesfällen [\[lesen sie mehr...\]](#)

<http://fortresseurope.blogspot.com>

### **10. Neue Zuständigkeitsregelung für die Visaerteilung für irakische Staatsangehörige zum Familiennachzug**

Es gibt eine neue Zuständigkeitsregelung für die Erteilung von Visa für irakische Staatsangehörige zum Familiennachzug aufgrund Weisung des Auswärtigen Amtes vom 19.09.2008:

Grundsätzlich zuständig für Visumsanträge wegen Familiennachzug ist die Deutsche Botschaft in Amman.

Die Deutsche Botschaft in Ankara ist nach wie vor zuständig für Personen aus den kurdisch verwalteten Provinzen.

Die Deutsche Botschaft in Damaskus hat nur eine Notzuständigkeit, wenn ein schriftlicher Nachweis

vorliegt, dass eine Einreise nach Jordanien nicht möglich ist, oder wenn der gewöhnlich Aufenthalt der betreffenden Person in Syrien liegt.

Personen, die sich bereits in Damaskus aufhalten, können bei der jordanischen Botschaft in Damaskus ein Visum für Jordanien erhalten. Sie müssen dort mitteilen, dass sie das Visum lediglich für die Antragstellung für den Familiennachzug benötigen. Die Bearbeitungszeit beträgt angeblich zwei bis drei Tage. Allerdings ist die jordanische Botschaft eigentlich auch nicht zuständig und bearbeitet die Fälle nur ausnahmsweise.

Der korrekte Weg ist, dass im Irak über TNT - Dienstleister ein schriftlicher Antrag bei der jordanischen Botschaft in Bagdad für die Ausstellung eines Visums gestellt wird. Eine persönliche Vorsprache in Bagdad ist nicht erforderlich. Mit dem Visum kann dann direkt eine Einreise vom Irak nach Jordanien / Amman erfolgen.

Angelika Lex, RAin

## 11. Urteile

**VGH Mannheim, 24.09.2008: Auslandskosovaren sind nicht automatisch kosovarische Staatsangehörige; albanischen Volkszugehörigen aus dem Kosovo ist eine Entlassung aus der serbischen Staatsangehörigkeit nicht zumutbar.**

Info von RA Oberhäuser, Ulm: Nachdem das BVerwG die Vorentscheidung des VGH aufgehoben hatte und den Fall an den VGH zurückverwiesen hatte, kommt der VGH jetzt zu einem für viele Kosovaren erfreulichem Ergebnis. Die Entlassung aus der serbischen Staatsangehörigkeit sei nicht zumutbar, ebensowenig derzeit die Entlassung aus der kosovarischen Staatsangehörigkeit, sofern überhaupt ein Erwerb stattgefunden hat. Solange Kosovoalbaner keinen territorialen Bezug zum Kosovo haben, folglich nach den obigen Kriterien keine kosovarischen Staatsangehörigen sind, sind sie unter Hinnahme ihrer serbischen Staatsangehörigkeit einzubürgern und ist von ihnen auch nicht zu verlangen, eine sonstige, insbesondere also ihre nur vermeintlich bestehende kosovarische Staatsangehörigkeit aufzugeben.

Die Entscheidung senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.

**Bundesverwaltungsgericht Leipzig: Kein Kindernachzug bei Anspruch auf ALG II (Az. BVerwG 1C 32.07), Urteil vom 26.08.08:**

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass der Lebensunterhalt eines Ausländers dann nicht im Sinne des Aufenthaltsgesetzes gesichert ist, wenn er Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nachdem SGB II hat.

Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte damit die Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg, wonach die Freibeträge nach SGB II bei der Berechnung der Sicherung des Lebensunterhaltes zu Lasten des Ausländers zu berücksichtigen sind. Diese restriktive Auslegung des Aufenthaltsgesetzes wird auch von der Beerlinder Ausländerbehörde geteilt.

[Pressemitteilung des Gerichts.](#)

## 12. "Notfallpraxis für Menschen ohne Krankenversicherung" in Stuttgart eröffnet

"Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 1. Oktober 2008 hat die Malteser Migrantenmedizin (MMM) eine Notfallpraxis für Menschen ohne Krankenversicherung. Die offizielle Eröffnung wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Die Praxis befindet sich in Stuttgart, Böheimstr. 40 (gegenüber dem Marienhospital, U-Bahn-Haltestelle Schreiberplatz). Die Sprechzeiten finden jeden Mittwoch von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr statt. Sie können erkrankte Menschen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit und vom Aufenthaltsstatus, auf die Sprechstunden verweisen. Die Praxis wird aus Spendenmitteln finanziert. Die ärztliche Untersuchung und Behandlung ist in der Regel kostenlos.

Wenn Sie im Rahmen der Beratung jemanden in die Praxis vermitteln, wäre es sicherlich sinnvoll, wenn Sie den Leiter der Malteser Migranten Medizin, Herrn Baur, Telefon 0175 1609110 darüber informieren, damit die weitere Beratung abgesprochen werden kann.



Bitte informieren Sie auch Ihre Kollegen und Kolleginnen über diese Möglichkeit.  
Sobald die Informationen schriftlich vorliegen, werden wir sie Ihnen zur Verfügung stellen.  
Mit freundlichem Gruß

Friedburg Maier"  
Sozialamt, Stadt Stuttgart

## 14. Termine

### **Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

08.11.2008 - mit Jubiläum "20 Jahre Flüchtlingsrat/Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg" (siehe 1.)  
7.03.2009

### **Sonstige Termine:**

**25.10.2008, 15 Uhr, Wangen, Badstube: Ausstellungseröffnung: Adieu l'Excision! Auf Nimmerwiedersehen Beschneidung!** Fotoausstellung von Barbara Schirpke in Zusammenarbeit mit (I)NTACT. Veranstaltet vom AK für Asylbewerber Wangen.

**29.10.2008, 19-21 Uhr, Uni Hohenheim, Ökozentrum Ö1, Garbenstr. 28: Menschenrechtsverletzungen im Urlaubsparadies Sri Lanka.** Podiumsdiskussion, veranstaltet von der Juso-Hochschulgruppe.

**29.10.2008, 9.30 Uhr bis 16 Uhr, Stuttgart, Diakonisches Werk, Heilbronner Straße 180: "Maikäfer flieg...": Bewältigung von Trauma und Exil bei Kindern und Jugendlichen.** Fachtagung der LAG Folterüberlebende in Baden-Württemberg in Kooperation mit der Landesärztekammer B.-W. Weitere Infos und Anmeldung beim DWW, Frau Del Muscio, Tel. 0711 1656-281.

**21.-23.11.2008, Bad Boll, Ev. Akademie: Integration heißt Partizipation und Teilhabe:** Eine stärkere Teilhabe und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft und an zivilgesellschaftlichen Prozessen steht im Fokus dieser Tagung. Vorgestellt werden Modelle aus der Praxis und realisierbare innovative Ideen. Weitere Themen: Selbstorganisation und Engagement für Partizipation, besonders für das kommunale Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger. [Weitere Infos und Programm.](#)

**12.-14.12.2008, Bad Boll, Ev. Akademie: Frauen in der kurdischen Gesellschaft.** Ihre Rechte und ihre Beteiligung im Bundesland Kurdistan/Irak und in den kurdischen Regionen der Türkei. Tagung über die Situation von kurdischen Frauen in der Türkei und im Nordirak. [Weitere Infos.](#)

**5.11.2008: Stuttgart-Stammheim, Schlossscheuer, 19.30: Jama Maqsudi: Afghanistan: Bomben - oder eine friedliche Zukunft für die Kinder?** Veranstaltet vom Dt.-afgh. Flüchtlingshilfverein und den Naturfreunden S-Stammheim.

**22.-24.01.2009: Bad Boll, Ev. Akademie: Flüchtlinge und Spätaussiedler: Aktuelle Themen und Angebote** (siehe 2.)

25.11.2008: Tag gegen Gewalt gegen Frauen mit "Fahnenaktion" von Terre des Femmes. Weitere Infos: [www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de).

10.12.2008: Tag der Menschenrechte